

## Frieden für die Ukraine und Europa

### Aufruf des Landesvorstandes zu den Ostermärschen 2023

Frieden für die Ukraine und Europa – Eskalationsspirale stoppen, Wettrüsten verhindern, Diplomatie stärken! Seit über einem Jahr herrscht Krieg in der Ukraine. Hunderttausende verloren bereits ihr Leben, Millionen sind auf der Flucht. Gezielt zerstören die russischen Truppen Infrastruktur: Strom- und Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser, Verkehrs-

ne Perspektive für eine Beendigung des Krieges. Stattdessen droht seine Ausweitung und weitere Eskalation. Eine gemeinsame diplomatische Strategie der Bundesregierung, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen ist nicht erkennbar – ja nicht einmal Bemühungen zur Entwicklung einer solchen. Stattdessen wird der Krieg zum Vorwand für die größte



wege und damit die Lebensgrundlage der Zivilbevölkerung. Der Überfall vom 24. Februar 2022 stellt dabei nur die Eskalation eines bereits seit 2014 schwelenden Konfliktes dar. Er ist ein eklatanter Bruch des Völkerrechts und durch nichts zu rechtfertigen!

Eine friedliche Lösung setzt den vollständigen Abzug aller russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet und die Wiederherstellung der territorialen und politischen Integrität und Souveränität der Ukraine voraus. Dieses Ziel ist allein mit Waffengewalt nicht zu erreichen. Die Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen ist kei-

militerische Aufrüstung seit dem Ende des Kalten Krieges. Dabei gibt es nur einen Gewinner – die Rüstungskonzerne, die mit dem Tod Milliarden verdienen. Dieser Logik widersetzen wir uns entschieden! Deshalb fordern wir:

■ Einen sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine.

■ Den Abzug aller russischen Truppen von ukrainischem Staatsgebiet.

■ Sofortige Verhandlungsbemühungen der Vereinten Nationen unter Hinzuziehung der EU, Indiens, Chinas und Brasiliens.

■ Die Demilitarisierung der von Russland völkerrechtswidrig proklamierten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk und die Überwachung des Waffenstillstands durch die OSZE.

■ Die zielgenaue und konsequente Umsetzung von Sanktionen gegen den militärisch-industriellen Komplex Russlands und die Vermögen der russischen Oligarchie, die vom Krieg profitiert.

■ Den Ausbau der humanitären und Wiederaufbauhilfe für die Ukraine und einen Schuldenschnitt zugunsten des Wiederaufbaus.

■ Langfristig die Schaffung eines europäischen Sicherheits- und Dialogforums unter Einbeziehung aller Europäischen Staaten, der Ukraine und Russlands als Basis für gegenseitige Sicherheitsgarantien und zivile Zusammenarbeit.

■ Eine Garantie für den Nichteinsatz von Atomwaffen als ersten Schritt zu ihrer Abschaffung.

Für diese Forderungen demonstrieren wir:  
Samstag, 8. April 2023  
14:00 Uhr  
Potsdam, Platz der Einheit

Es wird eine gemeinsame Anreise aus Cottbus organisiert. Anmeldung hierfür unter [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de) oder telefonisch unter 0355/22440 bis zum 4. April.

**S.2 Gelebte Solidarität**  
Rückblick auf die Veranstaltung  
SUPPORT KURDISTAN

**S.3 Landtag**  
Unterstützung Härtefallfonds für  
Ostrentner:innen abgelehnt



Die Ostermärsche gehen auf die Proteste der „Campaign for Nuclear Disarmament“ (Kampagne für nukleare Abrüstung) in den 1950er Jahren in Großbritannien zurück. Seitdem sind sie fester Bestandteil der Friedensbewegung geworden. Alljährlich drücken Menschen Ihren Wunsch nach Frieden und Abrüstung aus.

Heute, da Putins Angriffskrieg in der Ukraine tobt, da Menschen vor unserer sprichwörtlichen Haustür sterben und sich auf die Flucht begeben, da wieder versucht wird Grenzen mit Gewalt zu verschieben, da Waffenexporte den öffentlichen und politischen Diskurs bestimmen während die Diplomatie viel zu kurz kommt, sind die Ostermärsche so wichtig wie schon lange Zeit nicht mehr. Die Brandenburger LINKE ruft deshalb landesweit für den 8. April zum Ostermarsch in Potsdam auf. Wir unterstützen diese Initiative und verzichten auf regionale Veranstaltungen. In großer Zahl wollen wir auch aus der Lausitz am Ostertag nach Potsdam fahren und geschlossen für Frieden und Diplomatie demonstrieren. Wer Interesse an der gemeinsamen Zug-Anfahrt hat, meldet sich bitte bis zum 4. April unter [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de) oder telefonisch in unserer Geschäftsstelle. Weitere Informationen folgen nach der Anmeldung. Geschlossenheit – dies ist auch mit Blick auf heutige Lage der LINKEN ein wichtiges Ziel. Mit dem Krieg in der Ukraine haben einige prominente Vertreter:innen der Partei ein weiteres Thema gefunden, um auf angebliche Leerstellen in der Programmatik der LINKEN hinzuweisen und über eine Abspaltung zu schwadronieren.

Laut Umfragen gehen 31% der Menschen in Deutschland die Waffenlieferungen zu weit und 53% die diplomatischen Bemühungen nicht weit genug. Diesen Menschen muss DIE LINKE ein politisches Angebot machen und darf sie nicht rechten Rattenfängern überlassen. Dafür braucht sie Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit statt fortlaufender Erosion aufgrund der Selbstherrlichkeit einzelner. Auch dafür lohnt es sich, am 8. April nach Potsdam zu fahren.

Christopher Neumann  
Kreisvorsitzender

# Gelebte Solidarität mit kurdischen Gebieten

## Ein Rückblick auf die Veranstaltung Support Kurdistan am 14. März

*Rojava, das ist nicht nur ein Name. Rojava bedeutet für viele Menschen: Zukunft, Herkunft, leckeres Essen, alternatives Gesellschaftskonzept, Kultur und für Andere bedeutet es Krieg, Vertreibung und Katastrophe. Die Bilder auf der Karte von Kurdistan zwischen Syrien, der Türkei und dem Irak haben uns alle aufgewühlt und verdeutlicht, dass der Konflikt in dieser Region seit der Aufteilung nach dem Zweiten Weltkrieg läuft.*

*Eindrücke von  
Patrick Eilmes*

Im und mit dem Kulturbetrieb Bunter Bahnhof haben die Linksfraktion Cottbus und das Geflüchteten Netzwerk am 14. März einen Infoabend über Rojava organisiert. Gut 80 Menschen waren zu Gast und haben sich mit dem Kampf um Kobanê beschäftigt und über das schlimme Erdbeben diskutiert, das die Region erschüttert hat. Es wurde berichtet, dass auch das Erdbeben das türkische Großmachtsstreben vorerst nicht mindern konnte. Bereits innerhalb der ersten Nacht wurden Erdbebengebiete gezielt bombardiert.

Die Kurdinnen und Kurden haben jahrelang an erster Stelle gegen den IS gekämpft. Die Teilnehmenden konnten viele Informationen zu den Kämp-

fen, aber auch über den in Rojava geltenden demokratischen Föderalismus erfahren. Schnell bestand Konsens, dass dieser Föderalismus geschützt werden muss und Deutschland keine Waffen an die Türkei liefern sollte, die wiederum direkt gegen die Selbstverwaltung in Rojava eingesetzt werden.

Es ist traurig zu erwähnen, dass in Rojava weiterhin Kampfhandlungen stattfinden, die Türkei Drohnenangriffe nach dem Erdbeben in den südlichen Gebieten um Afrin durchführt und dass die Rüstungsfirma Hensolt aus Bayern direkt an diesem Krieg verdient, denn hier werden die Zieloptiken der Drohnen hergestellt.

Für die Türkei unter Erdogan und Syrien unter Assad ist die Selbstverwaltung in Rojava der größte Feind in diesem Krieg. Das Erdbeben hat die Situation in der Gegend verändert.

Janine Wissler, die Co-Parteivorsitzende, war unter den Gästen und berichtete von ihrem Türkei-Besuch anlässlich des Kobanê-Prozesses und ihren unmittelbaren Erlebnissen beim Erdbeben. Sie erzählte von ihren wichtigen Erfahrungen mit den Menschen vor Ort und stellte klare Forderungen an die Regierung.

Der Cottbuser Oberbürgermeister Schick stand an die-



Durch den Abend führt Andrej, hier im Gespräch mit Janine Wissler und Bachir vom Geflüchteten Netzwerk Cottbus. Foto unten: Bachir, Müslüm, Miriam (Wir packen´s an), Andrej, Elke (Städtepartnerschaft), Janine und Axel (Wir packen´s an)

sem Abend hinter der Soli-Bar. Dem Konzept einer Städtepartnerschaft nach dem Vorbild der Städtepartnerschaft Berlin Friedrichshain-Kreuzberg und Dêrik hörte er interessiert zu und war offen eingestellt. (Wir sollten das nicht aus den Augen verlieren und ihn daran bei Gedächtnislücken erinnern.)

Die Brandenburger Hilfsorganisation „Wir packen es an“ hat mit ihren wichtigen Informationen und Berichten aus den Krisengebieten verdeutlicht, dass allein die Fahrt nach Rojava mit einem LKW mit Hilfslieferungen 7000 € kostet und der Inhalt dann nochmal knapp 30.000 €.

Dort könnte eine direkte Hilfsleistung aus den Förderungen von Partnerstadtkon-

zepten wahrlich helfen.

Die Dokumentation „Reise nach Rojava“ wurde besprochen und ist Interessierten dringend zu empfehlen.

Alles in allem haben die Teilnehmenden nicht nur viel gelernt, sondern auch leckeres Essen und gute traditionell kurdische Musik genossen.

Diese Veranstaltung sollte unbedingt wiederholt werden, da ein super Austausch stattgefunden hat und eine gute Atmosphäre bestand für konservative Ideen.

Wir alle müssen uns bewusst machen, dass es in Rojava noch immer viel zu tun gibt, und dass wir uns gemeinsam dafür einsetzen müssen, dass diese Region in Frieden und Freiheit leben kann.



### Spendenerlös: 1000 € gesammelt

#Support Kurdistan: am Abend wurden 1000 € Spenden gesammelt. Diese gehen an die Initiative „Wir packen´s an“ und an die kurdische Halbmondorganisation Heyva Sor.

Unser herzlicher Dank gilt auch Müslüm Örtülü vom Kurdischen Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit Civaka Azad, Elke Dangeleit von der Städtepartnerschaft Berlin Friedrichshain-Kreuzberg und Dêrik und Axel Grafmanns von „Wir Packen´s an“. Herzlichen Dank auch an unseren Genossen Andrej Britner, der großartig durch den Abend moderierte und an Salah für die tollen Musikbeiträge. Danke auch an den Freundeskreis Art:Frontale.

Ein Videomitschnitt gibt es auf unserer Youtubeseite.

## Land: Antrag Lebensleistungen anerkennen, Härtefallfonds für Ostrentner:innen Beitreten!

Kürzlich kam die Meldung, dass fast die Hälfte der Brandenburger Rentenbezieher mit mindestens 45 Versicherungsjahren weniger als 1251 Euro im Monat bekommen. Das ist die offizielle Schwelle für Armutsgefährdung.

Der Bund will zur Abmilderung von Härtefällen aus der Ost-West-Rentenüberleitung Einmalzahlungen an Ostrentner:innen, jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedler:innen zahlen. Es ist vorgesehen, Menschen, die am 1. Januar 2021 eine Rente erhielten, die nicht höher als 830 Euro war, zu berücksichtigen. Insgesamt könnten ca. 500.000 Ostdeutsche aus 17 verschiedenen Berufsgruppen diese Zahlung beanspruchen, davon in Brandenburg ca. 10.000 Renter:innen. Besonders betroffen von niedrigen Renten sind z.B.

Frauen, die zu DDR-Zeiten geschieden wurden. Aber auch ehemalige Beschäftigte bei der Reichsbahn, der Deutschen Post oder Krankenschwestern und ehemalige Bergleute sind anspruchsberechtigt.

Den Bundesländern steht es frei, sich an diesem Fonds zu beteiligen und die Einmalzahlung zu verdoppeln. Die Beitrittsfrist der Länder endet am 31. März. Die Linksfraktion im Landtag forderte daher in der aktuellen Sitzungswoche mit einem Antrag, dass Brandenburgs Landesregierung den Härtefallfonds der Bundesregierung für Ostrentner, wie zum Beispiel auch Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, finanziell unterstützt.

Gäbe es diese Landesbeteiligung, wäre die Auszahlung für Berechtigte von 2500 auf 5000 Euro gewachsen. Das Land hät-



te sich mit 25 Millionen Euro beteiligen können.

**Doch die Vertreter:innen der Regierungsparteien zeigten keine Bereitschaft.**

Mit Verweis auf „Rentenrecht sei Bundesrecht“, „der Härtefall der Bundesregierung muss vergrößert werden“, „der

Landeshaushalt 2023/24 sei bereits verabschiedet“ oder „Brandenburg würde schon seit 1991 Ausgleichszahlungen bei den Renten zu leisten“ wurde der Antrag der Linksfraktion abgelehnt.

Berechtigte Rentner müssen die Einmalzahlung des Härtefallfonds des Bundes bis zum 30. September beantragen.

## Bund: Die Wahlrechtsreform

Nach einer scharfen Kontroverse im Bundestag hat die Ampelkoalition am 17. März ihre umstrittenen Pläne für eine Wahlrechtsreform zur Reduzierung der Abgeordnetenzahl mit 399 Ja- bei 261 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen durch das Parlament gebracht. Diese soll den Bundestag verkleinern. Das ist richtig und das wollen wir auch. Doch was die Ampel macht, bedeutet frei nach Willy Brandt: Weniger Demokratie wagen.

Die Abschaffung der Grundmandatsklausel ist ein direkter Angriff auf die demokratische Opposition. Schon die 5-Prozent-Hürde ist undemokratisch. Nun soll auch noch die Regelung wegfallen, die es Parteien erlaubt, mit drei Direktmandaten in den Bundestag einzuziehen. Eingeführt wurde sie, um Parteien mit be-

sonderer regionaler Verankerung einen Einzug in den Bundestag zu ermöglichen. In der Geschichte der BRD ermöglichte diese Regelung bereits fünf Mal eine Repräsentanz der Wähler\*innen. Stimmen, die sonst im Bundestag nicht sichtbar geworden wären.

Aktuell ist das Vorhaben der Ampel, ein Angriff auf uns und auf die CSU.

Zur Erklärung: Bei der vergangenen Bundestagswahl erhielt die CSU 5,2 Prozent der Stimmen. Hätte sie stattdessen nur 4,9 Prozent erhalten, wäre keiner ihrer 45 direkt gewählten Abgeordneten in den Bundestag einzogen. Bei aller politischen Differenz zur CSU: Wir wollen Wahlen durch Überzeugung gewinnen und nicht durch Tricks beim Wahlrecht, wie es die Ampel-Parteien vorhaben.

Wir wollen nicht weniger

Machtpoker statt Fortschritt

## Die Wahlrechtsreform der „Fortschrittskoalition“



Demokratie, sondern mehr: deshalb setzen wir uns für ein Wahlrecht ab 16 ein. Menschen, die hier leben und arbeiten, sollen ebenfalls gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. In diesen Punkten ist die Wahl-

rechtsreform der Ampel eine echte Enttäuschung. Gesellschaftlicher Fortschritt: Fehlanzeige.

Stattdessen gibt es einen massiven Angriff auf die demokratische Opposition im Bundestag.

## TERMINE



### Frieden für die Ukraine und Europa

Ostermarsch in Potsdam  
Samstag, 8. April 2023, 14 Uhr  
Platz der Einheit - Brandenburger Tor



**12.04./19.04. ab 15 Uhr**  
**Politischer Kaffeeplausch**

**20.04. PLAN B** in Zusammenarbeit  
mit der Linksfraktion Brandenburg  
**Klassenkampf? Ick mach glei' mit!**  
Gespräch & Diskussion mit Daniel Kulla und  
Marco Bedrich ab 18 Uhr im Café Zelig, Fried-  
rich-Ebert-Str., Cottbus

**29.04. Sandower Bürgerbrunch mit**  
**Birgit Mankour** Thema: Härtefall-  
fonds Ostrenter:innen  
11:00 Uhr, Cottbus, Begegnungsstätte Volks-  
solidarität

### Büroöffnungszeiten

Dienstag bis Donnerstag 10 - 16 Uhr  
*Während dieser Zeit kann auch unser  
Zeitzeugen-Archiv besucht werden!*

Dienstag: Kassentag

Mittwoch: **Soziale Bürgerberatung**  
11 - 13 Uhr

jederzeit per E-Mail [info@dielinke-lausitz.de](mailto:info@dielinke-lausitz.de)  
Tel: 0355 - 22 44 0  
im Netz: [www.dielinke-lausitz.de](http://www.dielinke-lausitz.de)

**AUSSTELLUNG**  
aus Anlass des Internationalen Frauentages  
**FRAUEN  
BILDER**  
DIE LINKE.  
Ostrower Straße 3  
03048 Cottbus  
vom 8. März  
bis 31. Mai 2023  
**RUDOLF SITTNER**  
FOTOGRAFIE  
UND DRUCKGRAFIK

# MITGLIEDERZOOM DIE LINKE.

30. März, 18:00 Uhr

## Mitgliederzoom: Gemeinsam in der Geschäftsstelle

Liebe Genossinnen und Genossen,

Janine Wissler und Martin Schirde-  
wan laden am 30. März um 18 Uhr  
zu einer digitalen Veranstaltung ein.  
In der Einladung heißt es: *Wir wol-  
len gern mit euch via Zoom in den  
Austausch zu den aktuellen Themen  
kommen: Wir sind gerade dabei, eine  
Kampagne zur Umverteilung auf die  
Schiene zu setzen und wollen eure  
Anregungen und Meinungen dazu  
gern hören und in die weiteren Pla-  
nungen einbeziehen. Wir haben ei-  
nen Friedensaktionsplan erstellt, den  
wir mit euch gemeinsam umsetzen  
wollen. Am 13. März haben wir uns  
mit verschiedenen Akteur\*innen aus  
der Friedensbewegung getroffen,  
darüber möchten wir euch berichten  
und uns mit euch über die Mobilisie-  
rungsmöglichkeiten gegen den Krieg*

*zu den Ostermärschen beraten.  
Natürlich möchten wir auch über die  
gegenwärtige schwierige Lage in un-  
serer Partei sprechen: insbesonde-  
re in Anbetracht der verheerenden  
unsozialen Politik der Ampel, in An-  
betracht von Krieg und Klimakrise  
braucht es eine schlagkräftige und  
entschlossene LINKE. Wir möchten  
mit euch darüber sprechen, was ihr  
meint, was es braucht, damit wir  
wieder verstärkt geschlossen in die  
politische Auseinandersetzung ge-  
hen können.*

Da wir wissen, dass nicht alle  
Genoss:innen über Internet, Com-  
puter usw. verfügen, laden wir Euch  
herzlich in die Geschäftsstelle ein.  
So können wir geinsam an der Ver-  
anstaltung teilnehmen und auch di-  
rekt in die Diskussion gehen.

## Plan B - der gesellschaftskritische Abend

**KLASSENKAMPF?**  
**Ick mach glei' mit!**  
Input von Daniel Kulla von classless.org  
im Gespräch mit Marco Bedrich, DGB  
**20. April 18 Uhr**  
Café Zelig  
Friedrich-Ebert-Straße  
Cottbus

Klassenkampf ist nicht alles, aber ohne  
Klassenkampf ist alles nichts.  
Daniel Kulla versucht etwas Orientierung  
zwischen alter und neuer Klassenpolitik  
zu geben, die immer schon umso erfolg-

reicher war, je egalitärer und inklusiver  
sie war. Wie können wir Arbeitskräfte,  
statt uns um schrumpfende Töpfe mit-  
einander zu kloppen, dafür sorgen, dass  
der Topf größer wird und irgendwann  
doch noch alle kriegen, was sie brau-  
chen?

Wie können wir Klassenperspektive  
besser sichtbar machen, Kämpfe unter-  
stützen und verbinden, aus schon ge-  
machten Erfahrungen in Geschichte und  
anderen Ländern lernen? Welche Rolle  
können dabei Klassenorganisationen  
(Räte, Gewerkschaften, Partei) spielen?  
Im Anschluss wird der Autor und Blog-  
ger Daniel Kulla mit Marco Bedrich, dem  
Geschäftsführer der DGB - Region Süd-  
brandenburg Lausitz und gleichzeitig  
einem der schnellsten Männer aus der  
Lausitz, ins Gespräch kommen.